

Danziger Zeitung.

N^o 9746.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition Kettnerhagergasse No. 4 und bei allen Kaiserlichen Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 M., durch die Post bezogen 5 M. — Inserate kosten für die Zeitspaltel oder deren Raum 20 S. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1876.

Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Madrid, 20. Mai. In der heutigen Sitzung des Senats legte der Ministerpräsident Canovas del Castillo den Gesetzentwurf betreffend die Aufhebung der Fueros vor und erläuterte die Motive desselben. Der Minister betonte, daß die constitutionelle Einheit Spaniens nicht länger in Frage gestellt werden dürfe. Der Art. 1 des Gesetzentwurfs verpflichtet die Einwohner sämtlicher Provinzen Spaniens zum Militärdienst. Im Art. 2 behält sich die Regierung gewisse Maßregeln vor für den Fall, daß einzelne Provinzen sich weigern sollten, daß von ihnen verlangte Contingent an Truppen zu stellen. Art. 3 bestimmt, daß die Provinzen nach Maßgabe der Vermögensverhältnisse ihrer Einwohner Steuern zu zahlen haben.

Petersburg, 20. Mai. Gestern sind 38 720 000 Rubel Creditbills, welche seit dem 28. Januar von der Reichsbank wieder angekauft worden sind, in Gegenwart des General-Controleurs verbrannt worden. Der gegenwärtige Noten-umlauf beträgt 758 Millionen Rubel Creditbills, der Metallschatz 199 Millionen Rubel.

Konstantinopel, 20. Mai. Derwisch Pascha ist ebenfalls zum Minister ohne Portfeuille ernannt worden. — Die Zeitungen veröffentlichen günstigere Nachrichten aus Bulgarien. — Die Generale Abdulkerrim Pascha und Cheflet Pascha organisiren die Truppen, welche gegen die Aufständischen marschiren sollen.

Abgeordnetenhaus.

60. Sitzung vom 20. Mai.

Erste Berathung des Gesetzentwurfs betreffend die Deckung der für die Weiterführung und Vollendung der Hebra-Friedländer Eisenbahn erforderlichen Geldmittel. — Abg. v. Benda: In dieser Vorlage verlangt die Regierung einen nachträglichen Credit von 2 100 000 M. Ich kann zu ihrer Unterstützung mittheilen, daß bei der sehr eingehenden Prüfung, die in der Budgetcommission über die laufenden Credits stattgefunden, sich herausgestellt hat, daß wir mit alleiniger Ausnahme der Berliner Stadtbahn in Bezug auf die Eisenbahncredit keinerlei Nachforderungen zu erwarten haben werden, während bei einzelnen dieser Unternehmungen Erparnisse haben gemacht werden können. Ich beantrage die Vorlage der Budgetcommission zu überweisen. — Nachdem sich der Abg. Osterrath gleichfalls für Ueberweisung an die Budgetcommission erklärt hat, beschließt das Haus demgemäß.

Erste Berathung des vom Herrenhaus angenommenen Gesetzes, betreffend die Verwaltung der den Gemeinden und öffentlichen Anstalten gehörigen Holzungen in den Provinzen Brandenburg, Preußen, Pommern und Schlesien. — Abg. Osterrath beantragt die Ueberweisung der Vorlage an die Agrarcommission. Meine Bedenken richten sich insbesondere gegen § 8, welcher die Gemeinden verpflichtet, nach Maßgabe ihrer Leistungsfähigkeit uncultivirte Grundstücke zu beforsten. Es scheint mir dies ein schwerer Eingriff in die Grundrechte der Selbstverwaltung, auf deren Entwicklung unsere gesammte neuere Gesetzgebung gerichtet ist. — Abg. Schmidt (Stettin): Bericht der Wohlstand des Staates auch auf dem Wohlstand der Gemeinden und lehterer sehr häufig auf dem Ertrage des Gemeindeforstes, so ist die Erhaltung und gute Bewirtschaftung des letzteren um so mehr in's Auge zu fassen, als die Gemeindeforste nicht bloß der gegenwärtigen Generation zugehört, sondern die Substanz des Waldes einen gewissen Charakter inelobilis bewahren muß. Die meisten Gemeindeforste sind jedoch verschunden, in anderen ist es sehr licht geworden. Redner empfiehlt, die Vorlage einer besonderen Commission von 14 Mitgliedern zu überweisen. — Abg. Richter: Auch er sei der Meinung, daß es sich hier um eine Culturfrage ersten Ranges handle, und er bebaure lebhaft die in der Zeit in den Wäldern angerichteten Verwüstungen. Aber gegen das Gesetz und insbesondere gegen § 8 habe er in der vorliegenden Fassung erhebliche Bedenken. Er erkenne an, daß der Gesetzgeber das Recht hat, den Privateigentümern und die Gemeinde zu zwingen, daß sie nicht Dinge unternehmen, die dem öffentlichen Interesse entgegen und schädlich sind. Aber es dürfen kleinen Corporationen, die ohnehin schon mehr und mehr belastet werden, nicht solche Pflichten auferlegt werden, die naturgemäß nur von größeren leistungsfähigeren Verbänden erfüllt werden können. Ich will nicht ohne Weiteres, wie das hier im § 8 geschieht, den Bezirksrath darüber entscheiden lassen, ob eine Gemeinde eine uncultivirte Fläche aufzuforsten hat. Es heißt zwar, dies soll geschehen nach Maßgabe der Leistungsfähigkeit, aber das ist ein ganz vager Ausdruck, dessen Bedeutung festzustellen unmöglich dem Bezirksrath überlassen werden kann. Der Zweck dieses Paragraphen kann nur dadurch erreicht werden, daß man den Gemeinden von Seiten des Staates oder anderer größerer Verbände Beihilfen gewährt. Solche Beihilfen hat man auch am Rhein gewährt und damit erreicht, daß z. B. in einem dortigen Bezirke in 20 Jahren 2 1/2 Quadratmeile aufgeforstet sind. Dem Antrage auf Ueberweisung an eine besondere Commission schließt ich mich an. — Abg. Hof. Watschka erwartet, daß die Vorlage in nationalökonomischer Hinsicht höchst fruchtbar wirken und das Vermögen der öffentlichen Anstalten und Gemeinden vermehren werde.

— Abg. Laurenstein schlägt vor, daß die Bestimmungen, welche sich auf die Competenz der Aufsichtsböden beziehen, der Competenzcommission überwiehen werden. — Abg. v. Beereman bekämpft das Letztere. Das Competenzgesetz ist im Wesentlichen bereits in der Commission beraten; mit der Ueberweisung dieser Vorlage würde das Zustandekommen des Competenzgesetzes in Frage gestellt werden. — Abg. v. Benda meint, daß § 8 in der maßvollen Fassung, die ihm das Herrenhaus gegeben, keineswegs die Bedenken rechtfertigt, die man ihm unterlegt. Redner legt gerade auf § 8 besondern Werth. — Die Vorlage geht an eine besondere Commission von 14 Mitgliedern.

Dritte Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Besatzung der Provinzen, Behörden, Behörden und politischen Körperschaften des Staates. — Abg. Wächler (Schweidnitz): Ich bin gegen die Vorlage, nicht weil ich gegen ihr Princip bin, sondern

weil ich dasselbe nicht streng durchgeführt sehe. Wenn § 1 das Princip ausspricht: das Deutsche ist die ausschließliche Geschäftssprache, so darf § 2 nicht sagen: in dringlichen Fällen können schriftliche Eingaben, welche in einer anderen Sprache abgefaßt sind, berücksichtigt werden — in anderen Worten: das Deutsche ist nicht die ausschließliche Geschäftssprache. Das Wort „können“ läßt die Willkür dessen, der das Gesetz anzuwenden hat, zu, es tritt das sogenannte „pflichtmäßige Ermessen“ des Beamten ein. Soll etwa in die Ecke einer solchen Eingabe „dringlich“ geschrieben werden? Dann wird der Beamte sagen: Dann mag er das Uebrige auch deutsch schreiben, oder es muß jede Eingabe durch den Dolmetscher übersetzt und dann ihre Dringlichkeit geprüft werden, was nur zu Beschwerden und Arbeitsanhäufung führen kann. Es steht nicht einmal in dem § 2, daß nur die der deutschen Sprache unkundigen Eingaben in einer anderen Sprache einreichen dürfen. In den sechs Jahren meines Wirkens als Staatsanwalt in Oberschlesien, in einem Bezirk von 210 000 Seelen, ist mir keine einzige in polnischer Sprache abgefaßte Eingabe übergeben worden. Daraus scheint mir schon hervorzugehen, daß § 2 einem praktischen Bedürfnis nicht entspricht. Die Folge der Annahme des § 2 wird dagegen gerade die sein, daß derartige Eingaben gemacht werden; aus dem „können“ wird die Regel werden. Im § 150 des Gerichtsverfassungsgesetzes hat die Justizcommission festgesetzt: die Justizsprache ist die deutsche; dieses Reichsgesetz wird den § 2 ausheben, wozu also auf kurze Zeit ihn einführen?

Abg. v. Tempelhoff: Wenn ich dem Gesetze zustimme, so richte ich dabei an die Regierung die Bitte, dasselbe mit aller möglichen Milde zu handhaben, weil nur dadurch der polnischen Opposition und Agitation die Gelegenheit genommen wird, sich auszubreiten.

Abg. v. Wierzbinski: Die Germanisirungsbestrebungen treten hier in der Form eines Gesetzes auf, daß das Product trasser Ignoranz der Thatfachen ist. Wir fühlen darin den Hohn des Siegers gegenüber dem Besiegten, den Uebermut eines sich hoch überschätzenden Culturelementes; schlimmer könnten nicht die Unterwürigkeit in Amerika von den Indianern behandelt werden. Wenn Sie von unserer Entwicklung, unserer Sprache und Literatur Kenntnis hätten, so würden Sie nicht leiden, daß Ihnen ein solcher Gesetzentwurf vorgelegt wird. 1814 und 1815 wurde unter europäischer Garantie für uns ein Zustand geschaffen, der, obnein ein Zustand staatlicher Selbstständigkeit zu sein, unser nationales Wesen repräsentirte. Dieser Zustand ist damals von dem preussischen König und nach Gründung des Norddeutschen Bundes 1867 durch die Proclamation des Oberpräsidenten v. Horn für Polen wiederholt anerkannt worden. Was ist inzwischen geschehen, um das jetzige Verfahren zu rechtfertigen? Der Sieg über Frankreich und die Möglichkeit, sich über alle Verträge hinwegzusetzen. Sie würden durch die Annahme der Vorlage dem deutschen Namen ein trauriges Zeugnis ausstellen. Beistimmen Sie aus dem Staats- und Völkerrecht das Element des Rechtes, so schaffen Sie einen Zustand der Vergewaltigung, der sich leicht gegen Sie wenden kann. Die preussische Geschichte freilich ist eine Geschichte der Veranbungen. (Unruhe) Den Opfern Ihrer Eroberungspolitik anzumuthen, ihre Sprache aufzugeben, ist vom Standpunkt der Humanität eine Monströsität, die dem Verfasser des Gesetzentwurfs die Schamröthe ins Gesicht treiben sollte. (Unruhe) Die große Mehrzahl der polnischen Bevölkerung versteht das Deutsche nicht; es wird also die Ueberwindung der Winkelconscience befördert. Eine ernsthafteste und gewissenhafteste Rechtspflege ist bei Dolmetscher und Winkelconscience nicht möglich. Es haben sich hier Stimmen hören lassen, daß wir der Staatsregierung Dank schuldig wären für die Wohlthaten, mit denen man uns überhäuft; die Dreistigkeit und der Cynismus können nicht weiter gehen. Staatsverträge mit Füßen treten, die feierlichsten königlichen Zusagen nicht zu beobachten und zu verlangen, daß wir die Hand des Eindringlings küssen, das ist zu stark. Wir sind wohl an Vieles gewöhnt, aber zu dieser Gemeinheit werden wir uns nie erniedrigen. Daß die deutsche Presse solche Zumuthungen an uns stellen kann, machen die Schriften von Wuttke, Reuter und Rasch erklärlich. Man sage doch offen heraus, daß wir ein für die Homogenität des Staatswesens hinderliches Element bilden und ausgerottet werden müssen. Dazu haben Sie sich nicht besorgt, auch aus Schamhaftigkeit nicht feimen wollen, aber Sie haben Alles gethan, um dieses Ziel zu erreichen. Wir träumen nicht von unserer Unabhängigkeit, aber wir wünschen dieselbe, denn das ist die logische Folge unserer geschichtlichen Entwicklung. Thäten wir anders und sprächen wir anders, so würden wir uns und unsere Traditionen verleugnen. Wir können uns nur darüber wundern, daß uns Graf zu Eulenburg-Gesibte hat unterlegen wollen, von denen wir nie geträumt haben. Hat er der Welt Sand in die Augen streuen wollen, wir wollten uns mit unserem Loos ausöhnen? Staatsbürger in seinem Sinne sind wir nicht und werden es nie sein, wohl aber Staatsangehörige und preussische Unterthanen, die gegen die Verletzung ihrer Rechte protestiren und das Recht haben, zu verlangen, daß die ihnen garantirten Rechte geachtet werden. Wenn Sie nicht wollen, daß das Preußen beigelegte Cythron eines Rechtsstaates zu einer Fronte werden soll, so müssen Sie gegen das Gesetz stimmen. Doch thun Sie, was Sie wollen, wir werden immer sagen: Die Rechte der Polen sind unzerstörbar! (Beifall bei den Polen.)

Geb. Rath Herrfurth: Die Regierung unterschätzt keineswegs die Tragweite des Gesetzes, aber seine Tragweite und sein Zweck werden von seinen Gegnern und dem Vorredner überhäuft. Wenn sogar von Vergewaltigung die Rede gewesen ist, so ist das eine zu tragische Auffassung für einen Entwurf, der nur die Geschäftssprache betrifft. Der Gebrauch der polnischen Sprache in Haus und Kirche, in Literatur und Presse wird durch dieses Gesetz nicht im Geringsten berührt; nur die bisherigen Privilegien der polnischen Sprache als Geschäftssprache werden aufgehoben. Sie beruhen auf Gesetzen und können durch Gesetze aufgehoben werden. Eine Härte kann in dem Gesetze nicht gefunden werden, nachdem abgesehen von Nordböhmen die deutsche Sprache in den fraglichen Landesheilen in der Elementarschule seit 50 Jahren gelehrt wird, und sollte irgendwo eine Härte hervortreten, dann bieten die Vorschriften des § 2 und die Normirung eines reichlich bemessenen Uebergangsstadiums genügenden Spielraum, um lokalen

Verhältnissen Rechnung zu tragen. Das Gesetz will nicht die Kränkung des Rechts einer fremden Sprache, sondern die Wahrung des Rechts der deutschen Sprache. (Beifall.)

Abg. Legidi: Derartige Beleidigungen sind innerhalb einer Volksversammlung kaum jemals der Majorität in's Gesicht geschleudert worden, wie es heute geschehen ist. Die unerschütterliche Ruhe, mit der Sie Anmerkungen mitangehört haben, wie „Dreistigkeit und Cynismus“, und eine Charakterisirung unserer vaterländischen Geschichte als eine Geschichte von Veranbungen — die Ruhe, mit der das Haus derartige Insulten hingenommen hat, entspricht unserer Stellung in der Welt und gereicht unserem Volke zur Ehre; denn wir sind ein starkes Volk, und dem Starken gebührt Großmuth. Es mögen nur die Herren, die eine solche leidenschaftliche Sprache hier einführen wollen, sich vergewissern, daß wir in unserem Gefühl leicht zu reizen sind, daß wir eine Empfindung für diese verführte Ehrenkränkung wohl haben, daß aber die Sprache, die Sie führen, obgleich Sie in deutschen Lauten reden, für uns eine fremde Sprache ist, und daß es unter unserer Würde ist, Ihnen in der Weise zu antworten, zu welcher Sie uns haben provociren wollen (Sehr gut) Eine solche Provocation aber reizt denn doch, eine Parallele zu ziehen zwischen der heutigen Sitzung — (Auf eines Polen: Zur Sache!)

Präsident v. Bennigsen: Ich bitte, den Redner nicht zu unterbrechen. Ich habe bei dem Vortrage des vorigen Redners das größte Maß von Redefreiheit gestattet, da er Ausdrücke gebraucht hat, die kaum noch parlamentarische zu nennen waren. Dieses Verfahren habe ich beobachtet, weil ich die peinliche politische Stellung der Angehörigen der polnischen Nationalität in Europa anerkenne und weil ich den preussischen Staat und dessen Vertretung für stark und groß genug halte, um derlei leidenschaftliche Angriffe einer Minderheit ohne Schaden ertragen zu können. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Legidi: Ich danke dem Herrn Präsidenten für diese wohlthunende Unterbrechung ebenso wie ich inneren Anlaß fühle, dem Vertreter unserer Staatsregierung ausdrücklich zu danken, daß er die Tonart dieser Angriffe vornehm ignorirt hat. Ich wiederhole: es reizt denn doch eine solche Provocation zu der Aufstellung einer Parallele zwischen der Haltung, die wir heute in der deutschen Volksvertretung Preussens beobachten und der Haltung, die auf den polnischen Reichstagen gebräuchlich ist, die ihrerseits deutschredende Elemente als Minorität in ihrer Mitte hatten, nachden sich die Verträge gerissen, die eine bloße Personalunion von Westpreußen mit Polen begründet hatten. Der Staatsstreik von Lublin ist bekannt; Preußen befaßten sich seitdem in der Mitte des polnischen Reichstages. Seitdem die Personalunion gebrochen war, spielen in dem System der Unterdrückung der polnischen Nationalität in Westpreußen solche Vorgänge in dem polnischen Reichstage eine bedeutende Rolle. Damals wiesen unsere Landsleute dort die feierliche Urkunde, das Incorporationspatent vor; es hingen 13 Siegel polnischer Senatoren daran; es machte mein Einbrud; man blähte verächtlich darauf hin. Die Preußen erinnerten an die beschworenen und nun zerrissenen Verträge, als ein Redner auftrat und sagte: „wofür haltet Ihr uns denn eigentlich? sind wir nicht Deutsche? sind wir Russen? was sind wir?“ Da rief ihm der ganze polnische Reichstag entgegen: „Polen seid ihr, ihr seid Polen!“ (Hört!) Es sind jetzt 300 Jahre her, als Achatus von Zehmen, der Witwende von Marienburg, Gott zum Zeugen anrief für die erworbene Unterdrückung, welche sich Polen den Preußen gegenüber erlaubte: Gott möge doch endlich, bewegen durch ihre Thränen und ihr Flehen, ein Einsehen haben in das den Preußen von Polen widerfahrne Unrecht. Und daran knüpfte Achatus von Zehmen die Prophezeiung, es werde künftig ein Gewaltiger über Polen kommen und mit den polnischen Reichsfreien ebenso verfahren, wie Polen bisher mit den preussischen Freiheiten verfahren wären. Seine Weissagung ist in Erfüllung gegangen. Die Weltgeschichte ist das Weltgericht! Das verkennen Sie; es wollen in die Hände der Geschichte greifen, die nichts anderes gethan hat, als Vergeltung übt. Um so mehr aber müssen wir Deutsche uns unterseits hüten, daß wir an denen kein Unrecht üben, von denen unsere Vorfahren Unrecht erlitten haben; denn auch uns könnte sonst eine Vergeltung kommen. Wenn wirklich das Gesetz den polnischen Redner ihre Sprache nähme, wenn es wirklich das polnische Element in preussischen Staat ausrotten wollte, wenn die Sprache des polnischen Herdes und Hauses uns nicht mehr heilig wäre, dann könnte aus Ihren Reiben ein Redner aufstehen wie mein Landsmann Achatus v. Zehmen auf dem polnischen Reichstag und uns ebenfalls zurufen: es wird ein Gewaltiger kommen, der an euch vergilt, was ihr an uns thut. Ich habe die Herren neulich gebeten, materielle Gründe gegen die einzelnen Bestimmungen vorzuführen; aber Niemand der Redner hat auch nur den Versuch dazu gemacht. Ich glaube, wir können mit ruhigem Gewissen ein Gesetz beschließen, welches die Nationalität unserer polnischen Mitbürger achtet und ehrt, trotzdem es dem Staate das Recht einräumt, seine Sprache zu reden. Inwiefern, das läßt sich dabei nicht unterdrücken: der gesetzgeberische Einschnitt ist nach der einen Seite hin nicht so acut, wie es scheint, und nach der andern Seite hin vielleicht acuter, als es den Anschein hat. Die directen Wirkungen des Gesetzes über die Geschäftssprache werden unendlich milder sein, als Sie meinen; dagegen die indirecten Wirkungen — und allerdings das erklärt die Leidenschaftlichkeit Ihrer Aufwallung — die indirecten Wirkungen werden die sein, daß auch auf dem Boden der Volkssprache — und zwar nicht in gewaltthätiger Weise, sondern in freier geschichtlicher Entwicklung — das deutsche Element erklären und zunehmen wird auf Kosten der polnischen Nationalität. Diese bisher unangesehene Wirkung dieses Gesetzes scheint der tiefere Grund Ihres Grolles und Ihrer Entrüstung darüber zu sein. Beiläufig noch, Ihre Landsleute, die Polen in Westpreußen, sind ganz anders vorgegangen. Ja, das Mitglied, das uns neulich im Namen von Polen beschwerend entgegentrat, der Abg. v. Hyskowski, ist selbst das lebendige Beispiel einer Vergewaltigung, einer Ueberfluthung des sarmatischen Elements über das Deutschthum. Es ist eine vielleicht nicht allzu bekannte Thatfache, daß in Westpreußen von den angelesensten Familien, die polnische Namen tragen, im Grunde genommen höchstens drei bis vier wirklich

polnischen Ursprungs sind (Hört), während, was unserer Nation nicht gerade nachzurühmen ist, der westpreussische Landadel vor Zeiten ein wahres Betrüben veranstaltet hat, seine glorreichen deutschen Namen mit polnischen zu vertauschen. Es hat sich ereignet, daß Familien, welche die stolzen Namen Hutten und Stein trugen, sich polnisch umgetauft und ihre deutschen Namen verlegt haben! Ich weiß nicht, ob ich recht unterrichtet bin, wenn ich mir anzunehmen erlaube, daß der Abg. v. Hyskowski selbst das Opfer einer solchen Berpolonisirung eines angebornen deutschen Adelsgeschlechts ist (Beifall).

In der Specialdebatte werden die §§ 1 bis 3 gleichzeitig zur Discussion gestellt.

Abg. Windthorst (Weppen): Wir haben eben gehört, wie aus der Geschichte nachgewiesen wurde: weil uns einst Unrecht geschehen ist, so müssen wir auch unseren einstigen Bedrängern wieder Unrecht thun. (Widerspruch.) In der Geschichte aller Völker ist Unrecht geschehen; wir sollten deshalb gerade mit der größten Scrupulosität bemüht sein, es zu vermeiden, irgend Jemandem Unrecht zu thun. Der Abg. v. Tempelhoff hat es als einen Vorzug der deutschen Nation hingestellt, daß sie alles durch Gesetz zu regeln wünsche, ich aber sage, es ist ein Vorzug der deutschen Nation, daß sie Recht üben will. Aber nicht alles, was im Gesetz steht, ist Recht, man kann vielmehr sagen, das meiste, was in den heutigen Gesetzen steht, ist Unrecht. (Zustimmung im Centrum.) Ich liebe meine Muttersprache so sehr, wie irgend einer im Hause; ich wünschte sogar, daß alle Einwohner dieser Monarchie deutsch sprächen. Aber nicht alles, was man wünscht, ist Recht. Ich frage, was sind wir den Polen schuldig, gleichviel ob es unangenehm ist oder nicht. Durch Staatsverträge hat sich Preußen verpflichtet, in Polen die polnische Nationalität und Sprache zu erhalten. Die Gegner der Polen sagen nun, daß diese Verträge nicht mehr gelten, weil sie von den Vertragsmächten gebrochen seien. Am richtigsten hat das der Abg. v. Sybel dargelegt, der Mann der Geschichte, der Leiter der preussischen Staatsarchive. Ich habe das hervor, weil diese Grundzüge in dem Munde eines solchen Mannes Jeden ängstlich machen müssen, um die Geschichte, die er lehrte, und um die Archive, die er leitete. Ich fordere den Abg. v. Sybel auf, zu zeigen, wo Oesterreich jemals diese Verträge gebrochen hat, obwohl daraus noch nicht folgen würde, daß wir dadurch auch unsererseits von denselben entbunden würden. Es ist verkehrt, wenn man glaubt, völkerrechtliche Verträge, die zu Gunsten der Einwohner gewisser Landesheile geschlossen sind, hängen nur ab von dem Willen der Compaciscenten; die Unterthanen selbst haben daraus ein Recht erlangt. In der königlichen Proclamation vom 15. Mai 1815 ist die specielle Anwendung dieser Verträge auf die Provinz Polen niedergelegt, und in diesem Sinne sind Gesetze gegeben worden.

Man sagt freilich, das sind innere staatliche Gesetze, die der Veränderung durch die Gesetzgebung unterliegen. Das ist ja die heillose Lehre der Neuzeit, daß Alles der Willkür der Gesetzgebung unterliegt. (Zustimmung im Centrum.) Das ist nicht wahr, das heißt Revolution predigen in der Form des Gesetzes, und ich beträume mein Vaterland, daß dergleichen in ihm geschieht. Man will indirect auf diesem Wege die Germanisirung der polnischen Landesheile erreichen; zu diesem Zweck ist uns aber die Provinz Polen nicht übergeben worden, sondern um sie als polnisch zu erhalten. Wenn man den Wunsch hat, Polen zu germanisiren, so wird man das durch schonendste Rücksicht viel eher erreichen, als durch Maßregeln, welche das Blut in den Adern der Polen kochen macht. Ich mache darauf aufmerksam, daß die Anschauung des Abg. Legidi über die Wirkungen der Verfassungsänderung von den offiziellen preussischen Kreisen nicht geteilt werden. Nach der Constitution der norddeutschen Verfassung hat der Oberpräsident v. Horn, fühlend, daß einst ein Legidi eine solche Deutung versuchen könnte (Weiterleit), eine Proclamation erlassen, wonach durch die Verfassungsänderung in den Beziehungen zu Polen nichts geändert werden soll. Der Abg. v. Sybel hat direct und Andere haben es indirect ausgesprochen, die Polen können von uns nicht die Beobachtung der Verträge verlangen, da sie uns im Innern feindselig gesinnt sind und durch Gewaltact unsere Großmuth verzerren haben. Aus der Feindseligkeit der Gesinnung können wir wohl einen Anlaß nehmen, die Polen zum Halten der Verträge gegen uns anzuhalten, nicht aber die Verträge unsererseits zu brechen. Ein Theil der polnischen Bevölkerung hat allerdings auf einem zu mißbilligen den Wege seine Ansprüche geltend zu machen gesucht. Ich bekämpfe überall jede revolutionäre Bewegung, aber aus einer solchen folgt doch nicht der Verlust aller Rechte. Hat die Stadt Berlin wegen der Märzrevolution ihre gesammten Rechte verloren? Haben die Polen ihr damaliges Unrecht in den Freizügen von 1864 und 1866 — die Sie hochhalten, ich nicht (Weiterleit) — und von 1870 — die ich ebenfalls hochhalte — nicht mit Strömen von Blut gesühnt? Fragen Sie die Führer polnischer Regimenter, die Generale v. Steinnmetz und v. Kirchbach! Zum Lobne wollen Sie dieses Gesetz geben? Der Minister hat gesagt, das Gesetz sei notwendig wegen der Änderungen in der Verwaltungs- und Gerichts-Organisation, welche eine größere Mündlichkeit des Verfahrens erfordert. Von der ersteren merkt man in der Provinz Polen noch nicht viel, es wird sich auch dort ein Hr. v. Sybel finden, der ausführt, wie gefährlich es sei, Lenten Freiheiten zu geben, welche dieselbe nicht im Sinne des Hrn. v. Sybel und seines deutschen Vereins gebrauchen. Die letztere ist noch nicht in Kraft getreten und wird in Betreff der Mündlichkeit des Verfahrens nicht viel ändern. Die Unterscheidung zwischen Staatsprache und Volkssprache ist nur ein Pfäffchen auf die geschlagene Wunde. Wenn man wirklich diese Distinction machen will, die erfinden zu haben der Abg. Legidi die Ehre hat — denn der Minister hat weiter nichts gesagt, als was Legidi ihm vorgepredigt hat — (Weiterleit), so muß die Staatsprache ein Ende haben, wo die Unterhaltung der Behörden mit den Unterthanen aufhört. Wie können Sie aber die Staatsprache einführen in die Gemeinde, die Schule und die Kreisverbände? Welche Folgen für diese Institute werden aus diesem Gesetze entstehen. Doch gewiß kein gesundes Leben? Dieser Gesetzentwurf enthält eine flagranten Rechtsverletzung, denn den Polen ist ihre Sprache als eine gleichberechtigte, also auch als Staatsprache durch Königswort garantiert worden, und da ich nicht an denen gehöre, die glauben, ein Königswort könne durch ein

Gesetz vernichtet werden, stimme ich gegen die Vorlage.

Präsident v. Bennigsen: Der Abg. Bierzbinski hat in seiner Rede den hier bisher nicht gewöhnlichen Ausdruck „cynisch“ gebraucht und der Abg. Windthorst hat es für angemessen gehalten, diesen Ausdruck sofort zu wiederholen und sogar im Superlativ anzuwenden. Ich möchte diesen Vorgang nicht vorübergehen lassen, ohne zu versuchen, zu hindern, daß diese Ausdrücke sich in unserem parlamentarischen Leben einbürgern. Der Ausdruck ist in der That sehr verkehrt. Während der ganzen Zeit meines Präsidiums — und Sie werden mir darin Recht geben — habe ich den Gedanken festgehalten, daß eine so große Versammlung, die Vertretung einer ganzen Nation, ihre Verhandlungen über wichtige und die Gemüther zum Theil leidenschaftlich erregende Gegenstände nicht anders führen kann und darf, als daß den Gefühlen und politischen Gedanken ein freier und kräftiger, selbst ein ein sehr starker Ausdruck gegeben werden kann. Ich kann die einzelnen Mitglieder auch nicht durch die mir übertragene Disciplinargewalt zwingen, daß sie in den Ausdrücken, die sie Gegnern gegenüber gebrauchen, die Grenzen der Höflichkeit und des Wohlwollens immer innehalten. Allerdings aber muß ich wünschen, daß bei den Verhandlungen, auch wenn man seine Gefühle und seine politischen Ansichten auf das Allerstärkste zum Ausdruck bringt — und das habe ich nicht gehindert und werde es nie hindern —, daß man doch es vermeide, immer von Neuem verkehrende Ausdrücke, die bisher nicht üblich waren, in unseren parlamentarischen Gebrauch einzuführen. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Welter: Der Abg. Windthorst hat uns wieder die Sache so dargestellt, als ob es sich hier um die Aufhebung aller durch das königliche Wort gegebene Rechte der Polen handle, und er hat damit schon eine Selbstkritik an seinen Ausführungen geübt. Das gegenwärtige Gesetz bezieht sich durchaus nicht auf die Polen im Allgemeinen, sondern einzig auf die in Polen lebenden, also die Angehörigen eines Stückes des preussischen Staates, in dem neben 800 000 Polen 700 000 Deutsche wohnen, und der Staat braucht einfach sein Staatsrecht, indem er dies Gesetz zur Durchführung bringt. Es handelt sich hier durchaus nicht um die Abschaffung der Volkssprache, sondern lediglich um Einführung der Staatsprache, und ich glaube, der Gesetzentwurf in der Fassung der Commission hat sich in jedem einzelnen Punkt in den hierfür gezogenen Grenzen gehalten. Wenn der Abg. Windthorst den Abg. Legidi für den Entfacher des Unterschieds zwischen Staats- und Volkssprache erklärt, so ist dies nicht richtig. Der Unterschied ist bereits von Böck gemacht, und auch dieser ist nicht der Entfacher, der Unterschied liegt ja jedem Menschen im Mute. Die Volkssprache ist etwas Geheiligtetes, und in diese darf der Staat nicht eingreifen. Wenn es die Dänen seiner Zeit gethan haben, so resultirt dies als Recht durchaus nicht für Preußen. Aber das geschieht ja auch mit diesem Gesetzentwurf nicht. Ich hätte allerdings gewünscht, daß in vielen Punkten mildere Bestimmungen zur Geltung gekommen wären, aber es ist augenblicklich eine Hochfluth des nationalen Gefühls. Ueberdies ist ja der Regierung und den Beamten eine gewisse administrative Freiheit gegeben, die ich sie nur bitten kann, mit der größten Milde anzuwenden. Nach einigen Jahren, wenn sich jene Hochfluth verlaufen hat, wird ja eine gerechtere Beurtheilung eintreten. Nun hat ein übereifriger Bertheiliger des Princips, das in dem Gesetze ausgesprochen ist, der Abg. Wachler, versucht, noch die bestehenden milderen Bestimmungen zu streichen und die Regierung dadurch zur größeren Härte zu bestimmen. Er gründet diese Forderung auf seine sechsjährige Praxis in Oberschlesien, hat es aber bis jetzt noch nicht einmal für werth gehalten, die Sprache der dortigen Bevölkerung zu lernen. Machen Sie das Gesetz, weil es durch den Einheitsstaat geboten ist, aber machen Sie es gerecht und milde; wenn es so durchgeführt wird, wird es zum Nutzen des preussischen Staates reichen. (Beifall.)

Abg. Kantack: Der Abg. Wachler hielt es für logisch, nicht zu rechtfertigen, daß das Princip dieses Gesetzes in § 2 zu unserem Gunsten eine kleine Ausnahme erleide. Ich kann ihm darauf erwidern, daß ich mich erinnere, schon in der Quarta den Satz gelernt zu haben: nulla regula sine excoptione. (Heiterkeit.) Er bewege sich wiederholt in Prophezeiungen; ich glaube wohl kaum, daß der Abg. Wachler gerade unter die großen Propheten gerechnet werden darf. Er will uns durchaus keine Concession machen; er will also nicht, daß wir ein vertragsmäßig garantirtes Recht an Concessionen haben. Wenn es nach ihm ginge, wäre es allerdings am besten, einen einzigen Paragraphen in das Gesetz hineinzusetzen, welcher lautet: Jeder Pole der nicht Deutsch spricht, ist rechtlos und wird gehangen (Große Heiterkeit.)

Abg. v. Sybel: Man hat mir berichtet — ich war vorhin im Saale nicht anwesend — daß der Abg. Windthorst mich bezeichnet hat als einen schlechten Historiker, der mit cynischer Gesinnung die Verletzung der Verträge rechtfertigt und deshalb sehr übel zur Leistung der Archive qualificirt sei. — Präsident: Der Abg. Windthorst hat das Wort „Gesinnung“ hierbei nicht gebraucht; seine Worte lauteten: daß Sie am cynischsten die Verletzung der Verträge gerechtfertigt hätten. — Abg. Sybel: Wenn über Jemanden behauptet wird, daß er die Verletzung von Verträgen in hündischer Weise rechtfertigt; . . . — Präsident: Dieses Wort hat der Abg. Windthorst nicht ausgesprochen. — Abg. v. Sybel: Also „cynisch“; ich gestehe allerdings, daß ich keinen Unterschied zwischen dem griechischen Worte „kyon“ und dem deutschen Worte „Hund“ anerkennen kann. Ich erinnere also dem gegenüber einfach daran, was ich in erster Berathung gesagt habe. Ich habe mit keiner Silbe ausgesprochen, daß die preussische Regierung befragt sei, den wirklichen Inhalt der einst beschlossenen Verträge willkürlich unter die Füße zu treten. Ich habe ausgeführt, daß von allen den Behauptungen, die die Herren aus jenen Proclamationen herauslesen, in dem wahren Text dieser Verträge und Proclamationen keine Spur zu finden sei, und ferner, daß diese willkürlichen Mißdeutungen und Hineininterpretationen in die Verträge schon ein Duzend Mal auf dieser Tribüne zermalmt worden seien, und bei dieser Behauptung bleibe ich. Wenn mich endlich der Abg. Windthorst für schlecht qualificirt zur Leistung der Archive erachtete, so muß ich es dahin gestellt sein lassen, wer besser zu einer solchen Stellung sich qualificirt, derjenige, der willkürlich aus einem Document ein einzelnes Wort herausreißt, oder der, der das Document in seiner Totalität aufsaugt und beurtheilt. — Abg. Wachler (Schweidnitz): Ob ich ein großer oder kleiner Prophet sein werde, das wird die Zukunft lehren. (Heiterkeit.) Der Abg. Welter, der mir vorwarf, daß ich nicht polnisch verstehe, frage ich zunächst, woher weiß er, daß ich nicht polnisch spreche? Sodann leugne ich entschieden, daß ein preussischer Beamter verpflichtet sei, in Ausübung seines Berufes eine andere als die deutsche Sprache zu sprechen. — Abg. Windthorst (Weppen): Dem Abg. v. Sybel erwidere ich zunächst, daß ich den Ausdruck „cynisch“ in keinem anderen Sinne gebraucht habe, als wie er bei den Griechen, bei der Philosophenlectur der Cyniker gebräuchlich war; unter allen Umständen hat mir irgendwelche persönliche Verletzung bei seinem Gebrauch ganz fern gelegen. Im Uebrigen will ich aus der Rede des Hrn. v. Sybel nur den einen Satz citiren: „Es ist klar, daß wenn von den anderen vertragsschließenden Mächten die Verträge gebrochen wurden, dieselben auch für Preußen null und nichtig sind“ und ich frage, ob dieser Satz meine Ausführungen nicht vollkommen erschließt. Uebrigens nehme ich ganz und gar keine

Qualification als Archivar in Anspruch; ich mache auf diesem Gebiete dem Hrn. v. Sybel keine Concession. — Abg. v. Lyskowski: Der Abg. Legidi wies auf mich als einen ehemaligen deutschen und polnisch gewordenen Bewohner von Westpreußen hin. Ich stelle es nicht in Abrede, daß vor Jahrhunderten meine Vorfahren Roschendorf hießen (Heiterkeit). Das thut aber nichts zur Sache; das beweist im Gegentheil nur, wie groß die Macht der geschichtlichen Spontanität ist. Die §§ 1—3 werden hierauf angenommen. — Zu § 10 verliest der Abg. Kantack im Namen der polnischen Mitglieder einen schriftlichen Protest gegen die Competenz des Abgeordnetenhauses, die auf feierlichen Verträgen basirten Rechte der polnischen Bewohner der Provinz Polen aufzuheben, wie es durch dieses Gesetz geschehe, und legt den Protest auf den Tisch des Hauses nieder. § 10 und die übrigen Paragraphen werden hierauf angenommen und demnach das ganze Gesetz gegen die Stimmen des Centrums und der Polen definitiv genehmigt. — Nächste Sitzung Montag.

Danzig, 22. Mai.

Das Abgeordnetenhaus unterzog am Sonnabend den vom Herrenhaufe herübergekommenen Gesetzentwurf, betreffend die Verwaltung der den Gemeinden und öffentlichen Anstalten gehörigen Holzungen, der ersten Berathung. Obgleich die Vorlage allgemein als eine Nothwendigkeit anerkannt wurde, so erregte doch die gegenwärtige Fassung derselben dem Abg. Riekert erhebliche Bedenken. Den Gemeinden soll die Verpflichtung auferlegt werden, nach Maßgabe ihrer Leistungspflicht zur dauernden Benutzung als Acker oder Wiese nicht geeignete, dagegen zur Holzucht verwendbare Grundstücke mit Holz anzubauen. Redner findet den Ausdruck „Maß der Leistungsfähigkeit“ viel zu unbestimmt, er fürchtet, daß die Gemeinden dadurch zu sehr belastet werden könnten, er sieht die Aufforstung als eine äußerst wichtige Culturfrage an, will sie aber nicht den Gemeinden allein auflassen; da die Bedeutung des Gegenstandes und der Nutzen der vorgeschlagenen Maßregel über die communalen Grenzen hinausgeht, so findet er es für gerecht, daß der Staat (event. die Provinz) den Gemeinden hierbei Hilfe leisten. Die Vorlage wurde einer besonderen Commission von 14 Mitgliedern überwiesen. Sie hat auch für unsere Provinz eine große Bedeutung; denn obgleich man in Deutschland dieselbe noch vielfach als ein Gebiet betrachtet, das vorzugsweise mit großen, von Wolf und Elen bewohnten Wäldern bedeckt ist, so sind wir doch durch die Sünden der letzten Generationen zu der waldärmsten preussischen Provinz herabgesunken, haben also Vieles wieder gut zu machen.

Eine lange und überaus heftige Debatte veranlaßte abermals die (dritte) Berathung des Gesetzentwurfs über die amtliche Geschäftssprache. Nochmals wurden die bekannten polnischen Beschwerden von dem Abg. v. Bierzbinski vorgetragen, nur mit einer bisher kaum gehörten Festigkeit, in Bezug auf welche Präsident v. Bennigsen nachher erklärte, er habe die parlamentarisch kaum noch zulässigen Ausdrücke nur deshalb ohne Rüge gelassen, weil er einerseits die peinliche Lage der Abgeordneten polnischer Nationalität dieser Vorlage gegenüber anerkenne, andererseits aber den preussischen Staat für stark genug halte, um auch solche leidenschaftliche Angriffe ertragen zu können. Der Abg. Legidi erwiderte dem Vertreter des Polenthums mit einer Erinnerung an die Behandlung, welche seiner Zeit der deutschen Minorität im polnischen Reichstage geworden. Grade vor 300 Jahren haben der Boiwode von Marienburg, Agathius von Zehmen, vor versammeltem Reichstage die Vergeltung des Himmels herabgeschickt. Und sie sei gekommen. Grade an dies Schicksal Polens knüpfte aber der Redner die Mahnung, daß wir uns nicht gleichen Unrechts gegen die Polen schuldig machen sollten. Der vorliegende Entwurf habe denn auch diese Mahnung beherzigt und werde sich in der Praxis noch weit milder erweisen, als man jetzt vielleicht annehme. Für die Polen trat außer dem Abg. Kantack auch diesmal natürlich wieder der Abg. Windthorst-Weppen ein, auch er mit einer Maßlosigkeit, daß er sich vom Präsidenten auf die Grenzen des parlamentarischen Anstandes aufmerksam machen lassen mußte. Das Gesetz wurde schließlich in der Fassung der zweiten Lesung angenommen.

Wir hoben schon hervor, daß die Richtung, in welcher nach den Intentionen der preussischen Regierung eine Revision des Unterfüßungsgesetzes erfolgen soll, sich lediglich auf eine Bestimmung der früheren preussischen Gesetzgebung anschließt, von der man sich nur aus Rücksicht auf die Wünsche und Befürchtungen aus dem übrigen Deutschland entfernt hat. So stellte übrigens schon in der letzten Generalversammlung des Centralvereins Westpreussischer Landwirthe der Reichstagsabgeordnete Bieler-Frankenhayn gegenüber Herrn v. Auerwald-Faulen den Sachverhalt richtig. Die Reform des Gesetzes über den Unterstützungswohnsitz ist eine Forderung der Agrarier, und es zeigt sich hier wieder einmal recht deutlich, wie unsinnig die ewigen Klagen derselben über die sog. moderne liberale Gesetzgebung sind. Wäre die Unwissenheit über die alte preussische Gesetzgebung nicht so groß, so würde man längst eingesehen haben, daß die Befolgung der von denselben vorgeschriebenen Richtung den liberalen Geist nicht schwächen, sondern nur stärken kann. So war die Freizügigkeit ein in Preußen seit vielen Jahrzehnten bestehendes Institut; neu war sie bei Einführung des Freizügigkeitsgesetzes nur für die außerpreussischen Staaten. Die alte preussische Gesetzgebung kannte auch kein Einzugsgeld; erst in der Reaction der fünfziger Jahre wurde dasselbe eingeführt. Das Reichsgesetz hat also für Preußen nur den alten Zustand wieder hergestellt. Ziemlich ähnlich verhält es sich mit der Gewerbeordnung. Abgesehen von den Meisterprüfungen, deren Wirkungslosigkeit von allen Seiten zugestanden wurde, hat die Reichsgewerbeordnung für Preußen nur unerhebliche Neuerungen gebracht. Diese sind dem Vorbilde der sächsischen Gewerbeordnung entnommen, was freilich die hochconserativen Agrarier und sächsischen Particularisten von Erdmannsdorf und von Zehmen nicht hindert, über die „verderblichen Neuerungen der Reichsgewerbeordnung“ zu jammern.

In einer Berliner Correspondenz der „Fr. Z.“ finden wir die Meldung, daß die Eisenindustriellen den gesetzlich bestimmten Termin für die Aufhebung der Eisenzölle (1. Januar 1877) auch jetzt noch nicht als definitiv festgesetzt betrachten,

ondern abermals lebhaft für eine Sinauschiebung vorläufig bis zum 1. Januar 1880 agitiren. Herr Krupp aus Essen soll darnach dem Kaiser gedroht haben, daß er, falls die Eisenzölle wirklich fortfallen sollten, die Anfertigung von Kanonen auf ein Minimum reduciren werde, und nun soll der Kaiser es auf's Lebhafteste befürworten, daß dem Reichstage im Herbst ein beglücklicher Gesetzentwurf vorgelegt werde. Es klingt uns dies so märchenhaft, daß wir die Nachricht vorläufig für eitel Fünkerei halten; eher scheint es uns dabei darauf abgesehen, den greisen Monarchen in ein schiefes Licht zu stellen.

Zu der Camphausen'schen Krisis werden jetzt noch eine Menge von Commentaren geliefert, die aber meist nur Umschreibungen des bereits Bekannten sind. So viel aus zuverlässig informirten Kreisen durchsickert, liegt wenigstens augenblicklich dem Fürsten Bismarck mehr daran, daß er sich Camphausen erhält — trotzdem dieser, der Einzige, sich gegenüber eine selbstständige Haltung bewahrt hat — als Camphausen an seinem Portfeuille liegt. Delbrück und Camphausen, so schnell und vor den Wahlen, das geht nicht. Camphausen hat übrigens seine Stellung dadurch wesentlich gebessert, daß er in offener und ziemlich deutlicher Weise die Initiative ergriffen haben soll.

In den aufständischen Provinzen der Türkei sind aus den letzten Tagen größere Kämpfe nicht zu verzeichnen, aber im mindesten gefagt hat sich die Lage der Pforte nicht verbessert. Der Divan befindet sich zwischen zwei Feuern; neben den Christen hat er mit den fanatischen Mohamedanern zu rechnen. Wie der „N. Fr. Pr.“ aus Konstantinopel vom 15. d. M. geschrieben wird, ist die „friedfertige“ Revolution der Sostas noch lange nicht zu Ende. Sie warten die Erfüllung ihrer Reformforderungen ab und verlangen unter Andern einen Millel Medjlissi (Nationalrath), eine durch denselben controlirte Civilliste, Abstrafung aller betrügerischen Beamten, den Galgen für alle Mörder von Salonichi, aber auch die gleichzeitige Abstrafung der Provocatoren dieser Ereignisse.

Graf Andrassy wurde vorgestern Abend in Pest im Budgetausschuß der österreichischen Delegation über die orientalische Frage interpellirt und antwortete in längerer Auseinandersetzung, von denen uns das Wolffsche Telegraphenbureau einlanges Resumé übermittelt. Viel klarer wird die Sache dadurch freilich nicht; denn Andrassy bedauert, nicht den Inhalt der Berliner Vereinbarungen vorlegen zu können, weil diese zuerst an die Pforte gehen müßten. Die Situation stehe nicht in intensiverem Brennpunkte, als in vorigem Jahre. Die früheren Reformvorschlüge seien von den Türken und den Insurgenten acceptirt, es handle sich jetzt noch darum, die Letzteren zu überzeugen, daß die Ausführung ernstgemeint sei, die entgegenstehenden Hindernisse zu beseitigen und angelegentlich der eingetretenen Ereignisse in der Türkei, besonders der Vorfälle in Salonichi, die Einigung der europäischen Mächte zu constatiren. Einen besonderen moralischen Werth lege er auf die erneuerte und befestigte Einigkeit der Mächte, welche die Absicht haben, ihre Bemühungen um Aufrechterhaltung des europäischen Friedens mit aller Energie durchzuführen und fest entschlossen sind, sich von Fall zu Fall zu verständigern. Andrassy sprach sich entschieden gegen jeden Gedanken einer Occupation aus und verwahrte sich dagegen, daß Oesterreich nach irgend einer Richtung hin Gendarmendienste zugemuthet würden. In der Berliner Verständigung sieht der Minister den maßgebenden Factor für den europäischen Frieden und übernimmt die volle Verantwortung dafür, daß aus der Situation keine Schädigung der Interessen der Monarchie hervorgehen werde. Auf weitere Anfragen erklärte der Minister, daß von den in der Petition der Insurgenten aufgestellten Forderungen die absolut unzulässigen abgelehnt, andere zulässige dagegen bereits gewährt worden seien. Der Vorbehalt, sich von Fall zu Fall zu einigen, bedeute die Intention der Mächte, ohne Sonderinteresse die Erhaltung des europäischen Friedens als leitendes Prinzip in den Vordergrund zu stellen. Die Erhaltung eines verbesserten Status quo im Orient sei die Grundlage der Bemühungen der Mächte. Auf eine Anfrage des Fürsten Gartorfski, ob Aussicht vorhanden sei, unter allen Umständen das Einverständnis mit den Nordmächten zu erhalten, constatirte der Minister, daß Oesterreich-Ungarn keine Feinde habe, mit allen Mächten in den besten Beziehungen stehe, eine tapfere Armee besitze und als Staat von 36 Mill. Einwohnern der Zukunft zuversichtlich entgegensehen könne.

Deutschland.

△ Berlin, 21. Mai. Das Gesetz wegen Uebertragung der preussischen Bahnen etc. auf das Reich ist nun von beiden Häusern des Landtages angenommen und sofort dem Kaiser zur Vollziehung vorgelegt worden. Es wird uns wiederholt versichert, daß von der durch dies Gesetz der preussischen Regierung ertheilten Ermächtigung zum Abschluß von Verträgen wegen Uebertragung der Bahnen an das Reich zunächst noch kein Gebrauch gemacht werden soll. Jedenfalls wird die nächste Reichstagsession damit nichts zu thun bekommen, auch ist nicht anzunehmen, daß im Bundesrathe diese Frage schon bei der Wiederaufnahme der Arbeiten im Späthommer berathen werden wird, wohl aber sind Anzeichen dafür vorhanden, daß von hier aus mit den verschiedenen Bundesregierungen über die gesammten Eisenbahnfragen in Form eines Meinungsaustausches eifrig weiter verhandelt wird. Man wird nicht irren, wenn man annimmt, daß der Reichskanzler erst in dem Augenblick mit dieser Angelegenheit an den Bundesrath gehen wird, wenn er gewiß ist, daß er dort für seine Pläne eine Majorität findet. — Die Budgetcommission des Abgeordnetenhauses wird sich in den nächsten Tagen mit der Vorlage wegen Umwandlung des Zeughauses in eine Ruhmeshalle beschäftigen. Den vielfach in den Blättern verbreiteten Angaben, die Commission werde das Gesetz verwerfen, steht ein thatsächlicher Anhalt nicht zur Seite. Die Mitglieder der Budgetcommission werden übrigens zu näherer Kenntnissnahme über das ganze Project demnächst auf Einlabung des Kriegsministers das Zeughaus in Augenschein zu nehmen. Jedenfalls wird für die Entschlüsse des Hauses die Vorlage über das Nothstandsgesetz maßgebend sein, welche in

Kurzen zu erwarten ist. Am gestrigen Tage war die 5jährige Frist abgelaufen, welche den Militärs im Dienste vergönnt worden war, um ihre Ansprüche auf Pensionserhöhungen, welche sich auf Ansprüche aus dem letzten Kriege begründen, geltend zu machen. Die Meldungen sind ziemlich zahlreich eingelaufen, und das Militär-Cabinet hat eine angestrenzte Thätigkeit zu entfalten, um die Angelegenheit zu regeln. Es ist mit ziemlicher Sicherheit der Eintritt zahlreicher Vacanzen auch in den höheren Chargen zu erwarten.

— S. M. Kanonenboot „Comet“ ist am 18. d. Mts. Nachmittags von Kiel nach dem Mittelmeer in See gegangen. — S. M. Kanonenboot „Nautilus“ ist am 19. d. Mts. früh in Port Said eingetroffen und beabsichtigte noch an demselben Tage nach Konstantinopel in See zu gehen.

— Professor Adler ist von seiner Reise nach Griechenland zurückgekehrt; die Ausgrabungen in Olympia sind am 13. März bis zum Herbst geschlossen worden.

Glogau, 21. Mai. Dem Cultusminister Falk, welcher am Freitag Nachmittag zur zweihundertjährigen Jubelfeier des königl. katholischen Gymnasiums hier eingetroffen war und bereits bei seiner Ankunft der Gegenstand zahlreicher Ovationen gewesen war, wurde gestern früh von Seiten der Bürgerschaft ein Morgenständchen gebracht. Sodann wohnte der Minister und der Oberpräsident, Graf Arnim, dem Festgottesdienst in der katholischen Gymnasialkirche bei. Nach dem feierlichen Rebeactus, bei welchem der Minister die den verschiedenen Lehrern der Anstalt verliehenen Auszeichnungen bekannt machte, fand ein Festdiner statt, an welchem Vertreter aller Confectionen, sowie der hiesige Stadtpfarrer, Erzpriester Warnatzsch und Erzpriester Rurz aus Schlawa Theil nahmen. Bei dem Toast betonte der Minister, daß die Regierung Frieden wolle. Er habe sich hier überzeugt, daß derselbe möglich sei. Er habe beide Confectionen bei sich vereint gesehen. Wenn er unterstützt werde, werde der Frieden bald eintreten. Gymnasialdirector Menge brachte den Toast auf den Kaiser aus, der Landrath v. Jaagwitz auf den Minister, dieser auf die Provinz Schlesien. Als der Minister den Festsaal verließ, wurde er von der Bürgerschaft mit großem Jubel begrüßt. Heute Morgen wohnte der Minister dem Gottesdienst in der evangelischen Kirche bei und tritt um 11 Uhr die Rückreise nach Berlin an. Die Stadt ist überall festlich geschmückt. Auch viele katholische Hausbesitzer haben ihre Häuser decorirt. (W. L.)

Posen, 21. Mai. Morgen begehrt der commandirende General v. Kirchbach die Feier seines fünfzigjährigen Dienstjubiläums.

Baden-Baden, 19. April. Die Kaiserin Augusta ist heute Abend 9 Uhr hier eingetroffen.

Braunschweig, 20. Mai. In der heutigen Sitzung der Landesversammlung wurde der von dem Deputirten v. Veltheim gestellte, von dem Staatsministerium energisch bekämpfte Antrag auf Aufhebung des hiesigen Polytechnikums nach zweitägiger Debatte mit 27 gegen 17 Stimmen abgelehnt. (W. L.)

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 20. Mai. Die Südbahn macht bekannt, daß der Gesamtverkehr auf der Bahnstrecke Agram-Sissek wegen durch Hochwasser verursachter Beschädigung an den Dämmen eingestellt ist. — Die aus der Provinz eintreffenden Berichte über Fröste und durch dieselben angerichteten Schaden an der Ernte verstimmte die heutige Börse.

— 20. Mai. Wie die „Presse“ meldet, wird die Verwaltung der Buschtiehrader Eisenbahn der Generalversammlung die Vertheilung einer Dividende von 3 1/2 pCt. für die Actien Lit. A. vorschlagen. Der Aussch. des Ertrages beträgt gegen das Vorjahr 1 pCt.

— Nach einem der „Nat.-Ztg.“ aus Wien zugehenden Telegramm schilbren Nachrichten aus Ungarn den in den letzten Nächten verursachten Schaden durch Frost größer als den, welchen die Ueberschwemmungen angerichtet haben. Im ungarischen Parlamente herrschte in Folge dessen heute große Aufregung.

Triest, 19. Mai. Die Panzerfregatte „Salamander“, dann die Glat-Corvetten „Aurora“ und „Zrinyi“ erhielten den Befehl zur sofortigen Ausrüstung.

Pest, 20. Mai. In der heutigen Sitzung des Unterhauses wurde von Simonyi eine Interpellation über die Ergebnisse der in Berlin stattgehabten Conferenzen angemeldet. Ueber den Abrüstungsantrag von Madarasz und über den Antrag von Lomasz, daß die Delagation zur äußersten Sparsamkeit bei Feststellung des Budgets verpflichtet werden möge, wurde die Verhandlung vom Hause abgelehnt, nachdem Ministerpräsident Tisza dargelegt hatte, daß der Antrag von Madarasz inopportunity sei und derjenige von Lomasz den Gesetzen widerlaufe. — Der „Pester Correspondenz“ zufolge werden am 7. Juni in Wien die Conferenzen der Fachbeamten der österreichischen und der ungarischen Finanz- und Handelsministerien behufs endgiltiger Feststellung der Zollsätze beginnen. Gleichzeitig sollen die Beratungen über die endgiltige Lösung der Banfrage fortgesetzt werden. (W. L.)

Frankreich.

×× Paris, 19. Mai. In der Kammer hat heute Raquet den Antrag gestellt, eine Untersuchung über die Geschäftsführung des Credit foncier anzuordnen. Im Senat brachte Foucher de Careil den gleichen Antrag ein, nachdem vorher de Franckieu den Minister des Innern über einen Ausdruck zur Rede gestellt, der in Ricard's letztem Rundschreiben vorgekommen. Die Gegner der republikanischen Verfassung wurden dort bekanntlich als „Auftrübrer“ bezeichnet, und die Royalisten und Bonapartisten haben daran Anstoß genommen. Sie hätten sich schon früher beschwert, wenn nicht Ricard's Tod sie verhindert hätte. Als letzter Tage eine corfische Gesandtschaft den Prinzen Jerome zu seiner Wahl zum Abgeordneten beglückwünschte, befragte ihn ein Mitglied derselben über sein Verhältnis zum kaiserlichen Prinzen. Etwas dunkel antwortete Jerome: „Wenn die Nation zur gegebenen Stunde sich für die Rückkehr der Napoleoniden entscheidet, so bin ich für das liberale Kaiserreich.“ — Heute wird die Königin Christine von Spanien, welche seit Anfang des zweiten Kaiserreichs sich in Frankreich aufgehalten hat, die Rückreise nach Madrid antreten. Ihre Tochter Isabella wird mit ihrem

Durch die Geburt eines kräftigen Jungen wurden erfreut
Ed. Rahn nebst Frau geb. Babinka.
 Mable Gr. Widenau, fr. Elbing.
 Heute Morgen 5 1/2 Uhr entschlief sanft nach längerem Leiden mein lieber Mann unser guter Vater, Bruder, Schwager und Onkel
Otto August Schönbeck
 in seinem 49sten Lebensjahre.
 In tiefer Trauer zeigen wir Freunden und Bekannten dieses hierdurch an.
 Danzig, den 21. Mai 1876.
 Die Hinterbliebenen.

52. Langgasse 52.
 Schmerzlose Zahn-Operationen unter Anwendung von Nitro-Oxygen-Gas, Plombiren mit Gold und andern Füllungsmassen, Einsetzen künstlicher Zähne (für Auswärtige in 6 Stunden) etc.
C. Kniewel,
 jetzt Langgasse 52.

Nach **Copenhagen** liegt in Ladung **S. S. „Humber“**, Capt. Dennison. Expedition Mittwoch, den 24. Mai. Güter-Anmeldungen erbittet
F. G. Reinhold.

Da mich meine Tochter Charlotte heimlich verlassen hat, so warne ich hiermit einen Jeden derselben etwas zu borgen, da ich für von ihr gemachte Schulden nicht aufkomme.
Joh. Gottlieb Much,
 2668) Kraker Rümpe.

Dampf-Maschinen-Kasse:
 fein. Menado 1 Mark 80 Pf.,
 feinen Java 1 „ 70 „
 feinen Santos 1 „ 60 „
 empfiehlt
G. A. Rehan.

Feinste Tafelbutter erheilt und empfiehlt
G. A. Rehan.
 Rumpstsch-Öl
 offeriren in vorzüglicher Waare
P. J. Aycke & Co.,
 5333) Hundegasse 127.

Wein
 reingehaltener Saar- und Moselwein billigst. Näheres brieflich. **Ed. Hoonen** in **Trier a. d. Mosel.** (2664)
Thorer Messing.
 Von **J. G. Adolph** erheilt eine frische Sendung Messing und empfiehlt denselben.
Albert Kloist,
 2625) Bortschauergasse.

Marquisen-, Zelt-, Plan- und Tapezierarbeiten empf. in jeder Breite u. Gattung zu enorm billigen Preisen **J. Kickbusch**
 Firma **J. A. Potrykus,**
 Glockenhof 143, Holzmarkt-Ed.
 Beste garantiert echte
engl. lederne Hosen

werden zum Preise von 9 M. 60 P. pr. Paar, sowie englisch Leder in allen Farben pr. Meter 3 M. 70 Pf., zollfrei unter Postvorschuß versandt durch
Julius Alexander, Hamburg
 Bollweins-Niederlage.
 Wiederverkäufer erhalten Rabatt. (2666)
 Das Kaufmann- und landwirthschaftl. Placirungs-Comtoir von

E. Schulz, Heiligegeistg. 27,
 seit ca. 16 Jahren auf vorkeller Basis gegründet, empfiehlt sich dem geehrten stellenergebenden, wie fienelnsuchenden Publikum ganz ergebenst NB. Sogenannte Eintheilungs-Gebühren existiren nicht, wohl aber rechnet dasselbe umsonst auf ansehnliche Aufwände. Andere bleiben unberücksichtigt.
Sehr schönes Vorklopp-Säckel
 hat zu verkaufen **F. Fehlaue,**
 2480) Gr. Händerfelde.

Verkauf von Rohstoffen zur Papier-Fabrikation.
 In der **F. A. Teichgraber'schen Papierfabrik** in **Budau** sollen nachstehend näher bezeichnete Rohstoffe verkauft werden: 198 Ctr. Rattun-Lumpen, 124 Ctr. Manila-Sack, 100 Ctr. Sörens, 106 Ctr. Heede. Abfälle: 312 Ctr. Papierflüde, 105 Ctr. Heede, 48 Ctr. Stricke und Nege. Nähere Auskunft ertheilt der Berwalter der Wasse
L. A. Bergmann in Carlsbad.

Schmiedebälge
 von bestem Mannheimer Leder offerirt in verschiedenen Größen unter Garantie die **Blasebalg-Fabrik** von **E. Filndt, Graudenz,** Marienwerderstr. 51, Wiederverkäufern Rabatt.
Gelegenheits-Kauf
 Ein alt renommirtes Colonial- und Delicats-Waaren-Geschäft ist verhältniß wegen von sofort oder später, bei 5000 M. Anzahlung, zu verkaufen.
 Abz. werden unter 2696 in der Exp. dieser Btg. erbeten.

**LOCOMOBILEN & DAMPFDRESCHMASCHINEN
 MAEHMASCHINEN & DRILLMASCHINEN.**



Zu beziehen durch
PAUL DIETRICH,
 HAMBURG—BROMBERG—DANZIG,
 BEVOLLMAECHTIGTER VON RICHARD GARRETT & SONS.
 COMTOIR IN DANZIG, LANGENMARKT 20.

Woll-Säcke,
 größtes Lager in allen vorkommenden Sorten, mit rothen Streifen und glatt, in jedem gewünschten Gewicht, zu den billigsten Preisen empfehlen
R. Deutschendorf & Co.,
 2671) Sädefabrik, Milchlangengasse No. 12.

L. H. Schneider
 26. Jopengasse 26,
 empfiehlt die
feinsten Fußbekleidungen
 für
 Damen, Herren und Kinder.
L. H. Schneider.

Sebel-Säckel-Maschinen für Handbetrieb in drei Größen,
Amerikanische Korn-Reinigungs-Maschinen,
Schrotmühlen in verschiedenen Größen,
Drehmangeln besser Construction empfiehlt
J. Zimmermann, Steindamm No. 7.

Geschäfts-Eröffnung.
 Einem geehrten Publikum Danzigs und Umgegend erlaube mir ergebenst anzuzeigen, daß ich mit dem heutigen Tage am hiesigen Dreie, Breitgasse No. 25, eine
Ofen-Niederlage
 eröffnet habe.
 Es wird mein Bestreben sein, durch gute und billige Waare, sowie durch prompte Bedienung mir das Vertrauen des mich beehrenden Publikums zu erwerben und zu erhalten.
 Danzig, den 22. Mai 1876.
Gustav Friedland.

Auction zu Gr. Zünder.
 Freitag, den 26. Mai 1876, Vormitt. 10 Uhr,
 werde ich zu Gr. Zünder bei dem Dr. Herrn **Barwincki**, wegen Ortsveränderung, an den Meistbietenden gegen baare Zahlung verkaufen:
 2 Sophas mit Damastbezug, 1 Chaise-longue, 1 Schlaf-, 1 Rohr- und 1 Korbsopha, 4 Korbstühle, 24 Dugend Korbstühle, 1 gr. Korbstuhl, 1 mahag. Cylinderbureau, 1 do. Kleider- und Wäscheschrank, 1 do. Bücherschrank, 1 fichte polirtes Schreibsecretair, 3 do. Kleiderschränke, mehrere mahag. und fichte polirte Tische, polirte und gestrichene Bettstellen, mahag. und fichte polirte Waschtische, 3 gr. Pfeilerpiegel in Bronze-Rahmen und Marmorconsolen, Duer- und andere Spiegel, Kinderbettstelle, Schlafbänke, Schlafkommoden, Küchenschränke, Garten- und Küchenbänke, Haas-, Küchen- und Waschräume.
 Fremde Gegenstände dürfen nicht eingebracht werden.
Janzen, Auctionator, Breitgasse 4.

Pferde zum Schlachten
 kauft jederzeit und zahlt den höchsten Preis
August Fröse,
 Heiligenbrunn bei Langfuhr.
Ein Rittergut
 bestehend aus dem Hauptgut mit zwei Nebengütern, Areal zusammen 3700 magd. Morg., 5 Meilen von Danzig, 3 Meilen von der Bahn, Poststation am Ort, in bester Cultur, gute Gebäude, schöner Garten und bedeutender Torfstich, soll wegen vorgerückten Alters des Besitzers unter günstigen Bedingungen sofort verkauft werden.
 Näheres ertheilen
M. Baranowski & Co.,
 Danzig, Jopengasse 6.
Bunte, breite eichene und gute birchene Bohlen, weiß- und rothbuche Bohlen, trocken und gesund, offerirt in Posten und kleineren Partien
H. H. Roell,
 2669) Danzig, Boggenfuhr 37.

Zwei Pferde,
 Fische, 6 Jahre alt, stark gebaut, 5' 7" groß, welche sich gut zu Wagen- und Last-Pferden eignen, werden sehr preiswerth verkauft. Wo, sagt die Exp. dieser Btg. unter No. 2581.
70 bis 80 Schod Lieferne Bretter 3/4-1/2 stark, suche zu kaufen und erseue um Preismittheilung. **C. W. Weck,** Friedrichsberg N.-B. Potsdam.
Prima engl. Zackschiefer, holländ. Dachpflannen, Chamottesteine. Cement etc. offerirt
Albert Fuhrmann.

Frisch gebranntes schwedisch. Kalk offerirt billigst die Kalkbrennerei bei Legan. Bestellungen werden angenommen
 Breitgasse 16, 2 Tr. h. u. Langgarten 107.
C. H. Domansky Ww.
Auf Portland-Cement,
 bestes Fabrikat, aus der Fabrik der Herren **N. Jasson & Delangle, Niel Boom, Belgien,** nimmt Bestellungen von mindestens 200 Faß zum billigsten Preise entgegen
F. E. Grohte.

Das Haus am brausenden Wassertor (Ritterthor) mit 5-6 Zimm., Keller, Boden etc., sehr freundlich gelegen, ist vom 1. Oct. zu vermieten. Näheres Fischmarkt 23.
Seiligegeistgasse 73
 ist das Comtoirzimmer nebst Kabinett u. Keller sof. oder v. 1. Juli zu vermieten. Dasselbe ist ca. 50 Jahre lang von einer und derselben alten Firma benutzt worden.

Ein unverheiratheter energischer Inspector, körperlich und geistig thätig, vertraut mit den neueren Maschinen, mit Sorgfalt für die Pflege der Hausvire bemüht, wird per 1. Juli cr. von mir zu engagiren gesucht.
Bortram-Regin per Braust.

Haus-Verkauf!
 Langgasse - Graudenz - Langgasse. Geschäftslage, vis-à-vis der Marktplazade, vorzüglich. Laden, als solcher immer bewährt, eignet sich zu jedem Geschäft und wird Ende Juni ge. äumt werden.
E. Stitzkowski,
 2650) Gerichts-Actuar.
 Ein gebrauchter **Insperner Waschkessel** wird sofort zu kaufen gesucht. Näheres **Walters Hotel (Hundegasse).** Auf dem Holzfelde bei der Kalkschanze stehen 150 Faden trockenes Klobholz billig zu verkaufen bei
Rud. Brandt.
 Fuhrwerk ist daselbst zu haben.
 Ein completer **Satz herrschaftl. Betten** zu verkaufen Gr. Krämergasse 5, 2 Tr. links, von Nachm. 4 Uhr ab

Die Brüstung, Pfosten, eiserne Stangen und Pressen eines Pfeilschloß sind Breitgasse No. 15 zu verkaufen. (2687)
Ein junger Kaufmann, Materialist, sehr gewandter Verkäufer, der der poln. Sprache mächtig ist, und prima Referenzen aufzuweisen hat, b. d. Provinzen Posen, Ost- und Westpreußen genau kennt, sucht Stellung als solcher, Lagerist oder auch als Reisender. Abz. w. unter 2658 in der Exp. d. Btg. erbeten.
 Ein **Theilnehmer am englischen Unterricht** wird von zwei jungen Leuten gesucht. Abz. w. u. 2635 in der Exp. d. Btg. erb.

Auf dem Lande wird zum 15. August eine **geprüfte Erzieherin** gesucht. Näheres in der Exp. dieser Btg. unter 2657.
Für mein Getreide- u. Spiritus-Geschäft suche ich einen mit diesen Branchen und der dopp. Buchführung vollständig vertrauten **Commiss** zum 1. Juni d. J.
Julius Küster,
 2649) Osterode Dkpr.

Ein bis zwei tüchtige Maler-Gehilfen
F. Hellwig, Maler,
 2655) Etzbn.
 Ein Sohn anständiger Eltern findet in meinem Tuch- und Manufacturgeschäft bei guten Bedingungen sofort Placement als Lehrling.
Carl Grohnert,
 vormals **J. Jacobsohn, Berez.**
 2654) Ein älterer

Wirthschafts-Inspector
 sucht vom 1. Juli auf einer größeren Wirthschaft Stellung.
 Abz. in Danzig, Hotel zur Hoffnung, Krebsmarkt 8, erbeten.
 Ein Materialist, flottes Verkäufer, der poln. Sprache mächtig, findet zum 15. Juni eine gute Stellung.
 Offerten werden unter No. 2237 in der Expedition dieser Btg. erb.
Ein unverheiratheter Administrator,
 12 Jahre beim Fach und in Stellung, sucht Umfänge halber zu Johann oder später eine selbstständige Stellung. Gef. Adressen werden unter No. 2234 in der Expedition dieser Btg. erbeten.

Für ein auswärtiges Droguen-Geschäft wird ein Lehrling gesucht durch
Wenzel & Mühle in Danzig.
 Für eine Destillation wird ein Theilnehmer, der die auswärtigen Reisen und Geschäfte übernimmt, mit einem disponibeln Vermögen von 1500 bis 2000 M. gesucht. Fachkenntnisse nicht nöthig. Abz. werden unter No. 2678 in der Expedition dieser Btg. erbeten.

Ein gepr. Erzieherin, musikalisch, mit guten Zeugn., wünscht ein Engagement. Abz. werden unter 2659 in der Exp. dieser Btg. erbeten.
Seiligegeistgasse 73
 ist das Comtoirzimmer nebst Kabinett u. Keller sof. oder v. 1. Juli zu vermieten. Dasselbe ist ca. 50 Jahre lang von einer und derselben alten Firma benutzt worden.

**Wiener Schuh-Waaren
 W. STIEGLER
 Langenmarkt**

Junge unverheir. Inspectoren, Rechnungs-führer, Amtsecc. etc. mit guten Zeugn. können sich melden bei dem Königl. Kreis-Sekretair a. D. **Manke,** Heiligegeistg. 92.
Eine vollständig neu decorirte Wohnung, bestehend aus 4 Zimmern verschliessb. Entree, Küche u. Boden ist von sofort oder später Hundegasse 119 zu vermieten. (2685)
Zwei große Läden mit auch ohne Wohnung sind in dem neuerbauten Hause Altst. Graben No. 100, nahe am Holzmarkt, vis-à-vis d. Dominikanerplaz, zum 1. Juli cr., event. zum 1. October zu vermieten. Näheres daselbst. (2684)

Eine herrsch. Wohnung, bestehend aus 4 Zimmern, Küche, Keller, verschliessb. Bodenstammer, Boden, Holzstall, Eintritt in den Garten, mit auch ohne Pferdebestall, ist zum 1. October cr. zu vermieten. Näheres Sandgrube 6-8, parterre rechts, zwischen 11-2 Uhr Vorm. und 6-7 Uhr Abends, wo auch die Besichtigung stattfinden kann. (2701)
In dem neu erbauten Hause Altst. Graben No. 100, nahe am Holzmarkt, ist die Saalstage, best. aus 5 Zimmern nebst Zubehör, zum 1. Juli cr., event. zum 1. October zu verm. u. täglich zu beziehen. Näheres daselbst. (2684)

Ein Parterrezimmer
 zum Comtoir oder Absteige-Quartier passend, zu vermieten Langgarten No. 37.
A. Bauer.
Zoppot.
 Eine Wohnung, bestehend aus 2 Zimmern, Küche, Speisekammer, Keller, Holz-Gelass und Boden-Kammer ist Danziger Straße 1 auf das ganze Jahr zu vermieten.
 Seiligegeistgasse 63 D., sind 1 auch 2 anständ. möbl. freundl. Zimmer mit auch ohne Burschengelass zu vermieten.
 Eine möblirte Stube (Seeite) mit auch ohne Befestigung ist für die Sommermonate zu vermieten.
B. Schilling, Adlersdorf.

Eine Parterre-Gelegenheit von 3 Piecen ist zum Geschäftslokal oder Wohnung mit allem Zubehör zu vermieten Hundegasse 77.
 Vom 1. Juli bis 1. Octbr. ist eine Wohnung von 4 Zimmern und Zubehör Hundegasse 7, 2 Tr. hoch zu vermieten.

General-Versammlung der Corporation der Kaufmannschaft zu Danzig.
 Mittwoch, 24. Mai, Nachm. 5 Uhr, im **Artushofe.**
 Tagesordnung:
 1. Bericht über die Thätigkeit des Vorsteher-Amtes im letzten Verwaltungsjahre;
 2. Vorlage der Jahres-Rechnung pro 1875;
 3. Wahl der Revisoren für die Jahres-Rechnung pro 1875 und des Etat der Corporation pro 1877.
 Danzig, 11. Mai 1876.

Das Vorsteher-Amt der Kaufmannschaft.
Goldschmidt. (2209)
Gewerbe-Berein.
 Mittwoch, den 24. Mai, Bestätigung der Glasbütte bei Legan, Versammlung 1/3 Uhr Nachmittags am Diwaer Thor resp. im Weiß'schen Kaffeehause, dann gemeinsamer Gang nach der Fabrik.
Der Vorstand.

Kaufmännischer Verein.
 Mittwoch den 24. d., Gesellschaftsabend, Besprechung wegen einer Fahrt nach Marienburg.
Selonke's Theater.
 Dienstag, den 23. Mai: Auftreten der Solodanztänzerin **Geschwister Poplowska,** - **Gastspiel des Hrn. und der Frau Negendank.** u. A.: Das Gänsechen von **Buchenau.** Lustspiel. Zum ersten Male: **Das schöne Geschlecht.** Posse mit Gesang.

Königsb. Pferde-Lotterie, Ziehung:
 31. Mai 1876. Loose à 3 M.
 Stettiner Pferde-Lotterie (Ziehung den 29. Mai 1876) Loose à 3 M.
 Berliner Flora-Lotterie à 3 M.,
 Johanneshilf-Bazar-Lose à 50 P.,
Schleswig-Holstein. Lotterie,
 Kaufloose zur 5. Klasse (Ziehung den 14. Juni 1876) à 9 M. bei
Theod. Bertling, Gerbergasse No. 2.

Türkische Pflaumen,
 große süße Frucht, offerire à 4 Pfund
 20 Pf.,
neue böhmische Pflaumen
 à Pfund 15 Pf.,
 Pflaumenmehl empfehle.
Albert Meck.
 Würfel- und gemahleneu Zucker zu ermäßigtem Preise, braunen und gelben Java-Kaffee in sehr schöner Qualität empfehle billigst.
Albert Meck, Seiligegeistgasse 29.

Verantwortlicher Redacteur: **H. Röderer.**
 Druck und Verlag von **A. W. Kafemann**
 Danzig.
 Hierin eine Beilage.

Beilage zu No. 9746 der Danziger Zeitung.

Danzig, 22. Mai 1876.

Herrenhaus.

9. Sitzung vom 20. Mai.

Die Gesetzentwürfe, betreffend 1) die Ablösung der Kirchen, Pfarren, Klöster und Schulen zustehenden Holzabgaben im Gebiete des Regierungsbezirks Wiesbaden und in den zum Regierungsbezirk Kassel gehörigen vormalig großherzoglich hessischen Gebiets-theilen; 2) die Befreiung einzelner kirchlichen Abgaben und Leistungen für Schul-, Communal- und Armenzwecke werden in der vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Fassung angenommen.

Es folgt der Bericht der Justizcommission über den Gesetzentwurf, betreffend die Einführung der Kreisordnung vom 13. December 1872 in den Grafschaften Wernigerode und Stolberg.

Berichterstatter Dernburg: Das Abgeordnetenhaus hat aus der Vorlage das dem Grafen gewährte Recht gestrichen, einen Vertreter in den Kreisanschuß zu wählen. Die Commission glaubt für den, wenn auch amendirten Entwurf eintreten zu müssen, weil bei den gegenwärtigen Verhältnissen die Einführung der Kreisordnung ein erhebliches Bedürfnis ist, und der Wunsch, dem Grafen Stolberg mehr Rechte zu erhalten, keine Aussicht auf Erfolg hat.

Domdechant v. Wislizen: Der vorliegende Entwurf bezweckt, die gräflich Stolberg'schen Landes-hoheits- und Grundherrlichkeitsrechte im Wesentlichen ganz zu beseitigen. Daß in einem constitutionellen Staate der Liberalismus eine Partei, welche die Fortentwicklung des historisch Gewordenen und die Erhaltung alles Lebensfähigen in demselben fordert, in der Minorität zu erhalten sucht, ist begreiflich. Verderblich aber ist es, wenn man eine solche conservative Partei ganz zu vernichten sucht. Dies muß aber über kurz oder lang geschehen, wenn man den Adel der Geburt und des Besitzes aller seiner politischen Vorrechte zu berauben trachtet. Bei den Verhandlungen im anderen Hause ist über die historischen Vorrechte des hohen Adels mit einem Hohn und einer Verachtung gesprochen worden, die viele von uns auf's Tiefste verletzt. Wir können dieser Empfindung nicht besser Ausdruck geben, als wenn wir gegen das Gesetz stimmen.

Reg.-Commissar v. Brauchitsch: Die Regierung war sich bewußt, daß sie möglichst die begründeten Rechte der Grafen Stolberg zu achten habe; sie konnten aber auch nicht verkennen, daß die Ansprüche der Bewohner der Grafschaft auf gleiche Behandlung mit den übrigen Bewohnern der Monarchie den gräflichen Rechten entgegenstehen. Sie erachtet eine halbige Regelung der Verhältnisse für dringend notwendig. Die vom Grafen ernannten Schulen haben schon jetzt keine rechte Autorität mehr, weil die Bevölkerung demnächst andere selbst zu wählen erwartet. Dem Grafen mehr Rechte zu belassen, als der Gesetzentwurf es thut, war der Regierung in Folge der entschiedenen Haltung, des Abgeordnetenhauses nicht möglich; der Graf wünscht auch nur, daß ihm eine Mitwirkung hinsichtlich der Ernennung von Kreisbeamten gelassen werde. In dieser Richtung giebt ihm der Entwurf nicht unwesentliche Rechte. Auch der Graf selbst ist von der Nothwendigkeit des wesentlichen Inhalts der Vorlage überzeugt.

v. Knebel-Döberitz tritt dem Gesetzentwurf aus dem prinzipiellen Grundsatz entgegen, daß wohl-erworbene Privatrechte nicht durch öffentliche Rechts-akte ohne Zustimmung des Berechtigten beseitigt werden könnten.

Minister Graf zu Eulenburg: Die endliche Regelung der gräflich Stolberg'schen Verhältnisse lag im Interesse nicht nur der Regierung und der Stolberg'schen Bevölkerung, sondern ebenso des Grafen selbst. Die Regierung ist sich entschieden bewußt, daß sie nichts versäumt hat, den Grafen in seinen Ehrenrechten zu erhalten. Und wenn ich auch nicht zu einer positiven Erklärung ermächtigt bin, so glaube ich doch mich keiner Täuschung hinzugeben, wenn ich behaupte, daß der Graf es vorziehen würde, jetzt dieses Gesetz angenommen, als durch eine Ablehnung weitere aussichtslose Verhandlungen fortgeführt zu sehen.

Oberbürgermeister Becker (Dortmund) erklärt sich ebenfalls für die Vorlage und hofft, daß durch die Einführung der Kreisordnung gerade jenes Mißbehagen gegen die Grafen Stolberg, von dem der Commissar gesprochen, beseitigt werden werde. Dasselbe sei übrigens weniger der gräflichen Regierung, als den pietätischen Elementen zuzuschreiben, die sich mit Vorliebe in Wernigerode niedergelassen und die meisten Unterschriften zu der bekannten Kundgebung für die „Kreuzzeitung“ und gegen den Fürsten Bismarck geliefert haben. Die rege Theilnahme des regierenden Grafen am öffentlichen Leben und die Anerkennung, welche diese Thätigkeit gefunden, zeige seinen Nachkommen und dem gesammten hohen Adel den Weg, den heute die Aristokratie einzuschlagen hat, wenn sie sich den Einflüssen erhalten will, der ihr vermöge ihres Grundbesitzes gebührt.

Baron v. Senfft-Billsch: Ich erinnere an die Zusagen, die uns einst vor Jahren hier gemacht wurden, daß man sich mit den Reichsbeamten in gütlicher Weise einigen werde. Damit ist seiner Zeit auch mit gutem Erfolge begonnen worden; ich habe wenigstens nicht gehört, daß die Verhandlungen jemals gescheitert wären. Die Herren mögen Schwierigkeiten gemacht haben — das war aber höchst achtbar von ihnen, denn wer nicht die ihm von seinen Aeltern überkommene Familienordnung zu erhalten befreit ist, den muß ich auf's Tiefste beklagen. Ich werde gegen das Gesetz stimmen.

In der Specialdebatte wird zunächst § 1 in namentlicher Abstimmung mit 54 gegen 37 Stimmen angenommen; mit derselben Mehrheit hierauf auch die übrigen Paragraphen und das ganze Gesetz.

Zweite Berathung des Gesetzentwurfs betreffend die Uebertragung der Eigenthums- und sonstigen Rechte des Staates an Eisenbahnen auf das deutsche Reich.

Graf zur Lippe glaubt wiederholt darauf aufmerksam machen zu müssen, daß eine Uebertragung der Eisenbahnen an das Reich nur dann Aussicht auf günstige Erfolge haben könne, wenn sämtliche Bundesstaaten sich dazu entschließen. Dies zu erreichen, fehle es der Reichsregierung an jedem Mittel. Dazu komme, daß die Kosten der Reichs- und Staatsbahnen direct den Steuerzahlern zur Last fallen. Sei die Uebertragung einmal erfolgt, so sei es eine Täuschung zu hoffen, daß der preussische Staat noch künftig Lokalbahnen zu bauen unternehmen würde. Es sei ein Irrthum, zu glauben,

daß man nach Annahme der Vorlage noch in seinen Entschlüssen frei sei. Nachher werde es sich nicht mehr um das Prinzip sondern nur um den Preis handeln.

Handelsminister Achenbach: Den Vorredner bestimmte früher der Umstand, daß durch den Uebergang der Staatsbahnen die finanziellen Interessen der Einzelstaaten schwer geschädigt werden könnten, heute empfiehlt er den Uebergang, wenn er nur von sämtlichen Bundesstaaten unterstützt werde. Es wird immer gefragt, warum geht denn Preußen zuerst einseitig vor, warum überläßt es dies nicht dem Reiche? Man muß auf den Weg gelangen, der die Volkstimme ist, und dem Reiche direct eine starke Aufsicht über die Eisenbahnen zuwenden. Gerade vom Standpunkte der preussischen Volksvertretung aber halte ich eine solche dann für sehr bedenklich, wenn der Einzelstaat sich in seinem Eisenbahnbesitz erhält. Dann liegt einmal der Schwerpunkt beim Reiche, und ein Conflict ist unvermeidlich. Denn das Reich würde dann thatsächlich auch über die Finanzen der Bahnen schalten. Es wird also die Frage zu erörtern sein, ob es nicht möglich ist, daß neben der Reichsaufsicht auch eine Aufsicht der Einzelstaaten bestehe und das Reich vielleicht erst in zweiter Linie eintrete. Einen solchen Zustand halte ich nach meinen Erfahrungen für positiv unmöglich. Es muß dahin kommen, daß das Reich die Aufsicht über die Eisenbahnen unmittelbar bekommt, daß das künftige Reichseisenbahngesetz sehr einschneidende Vorschriften in dieser Richtung enthält. Liegt es aber dann im preussischen Interesse, sich den Besitz seiner Bahnen zu erhalten, und nicht vielmehr durch Befreiung dieses Steines des Anstoßes durch Uebertragung seiner Bahnen, dem Reiche seine Aufgabe zu erleichtern? Es liegt nicht entfernt in der Absicht der Staatsregierung, mit dieser Vorlage eine PreSSION auf das Reich oder irgend Jemand auszuüben.

Graf v. Zieten-Schwerin kann dem unbedingten Lobe, welches der Reichskanzler der Reichspost gezollt, nicht beistimmen, denn trotz vielfacher Demonstrationen sind zahlreiche Poststationen eingegangen, oder durch bloße Post-Agenturen ersetzt worden, welche die Briefe nur einmal täglich, und zwar so nach den Stationen befördern, daß z. B. ein Brief von einem Orte des Ruppiner Kreises nach dem anderen durchschnittlich 3 Tage braucht. (Hört!) Etwas günstiger ist die Postverbindung zwischen der Stadt Ruppin selbst und einem benachbarten Orte Reglin, welche durch zwei etatsmäßige Reichspostbunde aufrecht erhalten wird. (Große Heiterkeit.) Diefelben haben freilich neulich den Ernst ihres Amtes außer Acht gelassen und haben in dem Walde, den sie passiren mußten, Jagd gemacht. (Heiterkeit.) Warum haben unsere Beschwerden bei der Reichspostverwaltung keinen Erfolg? Weil unsere Gegend zu arm ist: sie bringt dem deutschen Reiche nichts ein, und darum kann auch das Reich nichts für sie thun! (Zustimmung rechts.) Treten Sie unsere Bahnen dem Reiche ab, und dann sehen Sie zu, wie Sie für die armen Landestheile noch Bahnen erhalten werden. Wir werden dieselbe Antwort bekommen, welche uns heute die Reichspostverwaltung erteilt. (Beifall rechts.)

v. Knebel-Döberitz ist zwar ein eifriger Anhänger des Staatsbahnsystems und würde dem Erwerbe sämtlicher Privatbahnen und der mit diesem Schritte zu erzielenden Befreiung alles „Schwindels“ geru zu-

stimmen; zwischen Staats- und Reichsbahnen sei aber ein prinzipieller Unterschied, denn Reichseisenbahnen haben, heiße sich von Badenern, Baiern und Württembergern regieren lassen, und soweit gehe sein nationales Verständniß noch nicht.

Baron v. Senfft-Billsch: Ich werde Ihnen sagen, was der Erfolg dieses Gesetzes sein wird. Die Matadore der Börse werden dabei Millionen verdienen — und wenn Sie das wollen, so stimmen Sie dem Gesetze zu.

Stadttrath Hausmann (Brandenburg) nennt die Vorlage einen wirtschaftlichen und politischen Fehler, weil die dadurch hervorgerufene Unsicherheit bereits heute auf den Privatbahnbau lähmend wirkt, und weil die voraussichtlichen Folgen des Gesetzes schon heute die übrigen Bundesstaaten über das Schicksal ihrer eigenen Bahnen beunruhigen — und nicht mit Unrecht. Der Redner schließt mit einer Erwidrerung auf die vom Ministerpräsidenten hinsichtlich der Directionen der Privatbahnen gemachten Bemerkungen. Ich bin, so bemerkt er, seit 20 Jahren Mitglied der Direction der Potsdam-Magdeburger Eisenbahn-Gesellschaft; ich habe während dieser Zeit nie Gehalt oder Lantime erhalten noch verlangt, und nur eine Entschädigung von wenigen Hunderten Thalern für Dienstreisen bezogen. In derselben Lage befinden sich noch zwei andere meiner Collegen, und die vier salarirten Mitglieder der Direction beziehen nur ein ihrer Thätigkeit entsprechendes Gehalt. Ich muß daher in meinem und meiner Collegen Namen, sowie in dem vieler anderer mir bekannten Directionsmitglieder den vom Fürsten Bismarck beliebten Vergleich unseres Einkommens mit Postschafftergehältern entschieden zurückweisen.

Handelsminister Achenbach: Ich muß auf eine Bemerkung des Vorredners zurückkommen, die mich in Erstaunen gefetzt hat, daß nämlich der Eisenbahnbau, namentlich der Privatbahnen, durch diese Vorlage, wenn ich recht verstanden habe, ins Stocken gerathen werde. Ich glaube wirklich, wenn der Vorredner sein Urtheil noch einmal prüft, wird er mir zugeben, daß diese Vorlage damit nicht entfernt in Zusammenhang gebracht werden kann. Nach den Erfahrungen, die ich gewonnen habe, steht die Vorlage nicht im geringsten Zusammenhange mit den Landescamalitäten.

Als Freund der Vorlage macht schließlich Oberbürgermeister Becker (Dortmund) darauf aufmerksam, daß ein Verwerfen des Gesetzes alle weiteren Verhandlungen der Staatsregierung mit den Reichsbehörden abschneiden müsse. Zu einem solchen Resultate liege aber um so weniger Veranlassung vor, als die deutsche Politik unserer Regierung sich bisher durchaus bewährt habe, und die Freunde des Reiches es nicht unbeachtet lassen dürften, daß alle preussischen und außerpreussischen Particularisten sich entschieden ablehnend verhielten.

Graf Brühl versichert, er sei ein treuer und aufrichtiger Freund des deutschen Reichs (Heiterkeit links) und werde darum gegen ein Gesetz stimmen, das Uneinigkeit zwischen den deutschen Fürsten und Staaten hervorzurufen müsse.

Die beiden Paragraphen des Gesetzes werden genehmigt und hierauf das Gesetz im Ganzen in namentlicher Abstimmung mit 60 gegen 31 Stimmen angenommen. — Nächste Sitzung Montag.

Concurs-Gröpfung.

Königl. Kreis - Gerichts - Deputation
Berent Westpr.

den 12. Mai 1876, Mittags 1 Uhr.
Ueber den Nachlaß des Kaufmanns
C. C. Schnaase ist der gemeine Concurs
eröffnet.

Zum einstweiligen Verwalter der Masse
ist der Kaufmann **Levy** hier bestellt. Die
Gläubiger des Gemeinschuldners werden
aufgefordert, in dem

auf den 26. Mai 1876,

Mittags 12 Uhr,

in dem Verhandlungszimmer No. 1 des
Gerichtsgebäudes vor dem gerichtlichen Com-
missar, Herrn Kreis-Richter **Citron** an-
beraumten Termine ihre Erklärungen und
Vorschläge über die Vertheilung dieses
Verwalters oder die Bestellung eines andern
einstweiligen Verwalters abzugeben.

Allen, welche von dem Gemeinschuldner
etwas an Geld, Papieren oder anderen Sachen
in Besitz oder Gewahrsam haben, oder welche
ihm etwas verschulden, wird aufgegeben,
nichts an denselben zu verabsolgen oder zu
zahlen, vielmehr von dem Besitze der
Gegenstände bis zum 31. Mai 1876
einschließlich dem Gerichte oder dem Ver-
walter der Masse Anzeige zu machen, und
Alles, mit Vorbehalt ihrer etwaigen Rechte,
ebendahin zur Concursmasse abzuliefern;
Pfandinhaber oder andere mit denselben
gleichberechtigte Gläubiger des Gemein-
schuldners haben von den in ihrem Besitze
befindlichen Pfandstücken und Anzeige zu
machen.

Der Commissar des Concurses,
Citron.

Dr. Pattison's Gichtwatte

hindert sofort und heilt schnell
Gicht und Rheumatismen

aller Art, als: Gesicht-, Brust-, Hals- und
Zahnschmerzen, Kopf-, Hand- und Kniegicht,
Gliederreißer, Rücken- und Lendenweh.

In Packeten zu 1 Mark und halben zu
60 Pf. Bestellungen nehmen entgegen:

W. F. Suran, Langgasse 39 in Danzig,
Richard Lenz, Brodbäckerg. 48 in Danzig

**Prima Erd- und Metall-
farben** in Del gerieben,
in beliebiger Auswahl, Leinöl,
dopp. gekochten Leinöl-Firniss,
Lacke in Spiritus und Del,
für Holz, Metall und Leder,
beste Qualität, empfiehlt bei
billigster Notirung

H. Regler, Sunde-
gasse 80.

Getreidesäcke

von starkem Drillich mit Streifen zu
3 Schffl. Inhalt, empf. räumungs-
halber à 15 und 16 *Sgr.*

J. Kickbusch

Firma **J. A. Potrykus**,
Glockenthor 143, Holzmarkt-Ecke.

**Engl. u. deutsches Glas-
papier, Schmirgelleinen,
engl. Puststeine, Prager
Puststeine u. Pustpulver**

offerirt

C. H. Zander Wwe.,

Kohlenmarkt 29B.

Reiseförbe

in allen Größen, fest und dauerhaft ge-
arbeitet, zu den billigsten Preisen
Breitgasse No. 19.

Reparaturen aller in mein Fach
schlagender Artikel werden sauber und
billig besorgt.

Dieselbst kann ein Sohn ordentlicher
Eltern in die Lehre treten.

Fabrik für Korbmöbel u. Korbwaren
von **Gustav Neumann**,
Breitgasse No. 19.

Holzfohlen

sind wieder vorrätig bei

C. D. Kaemmerer,

2430) Speicher: „Patriarch Jacob“.

Engl. Pusttücher

zum Waschen von Silberzeug
empfangt neue Sendung Stück à 50 *S.*
Albert Henmann, Langenmarkt 3.

Das Sarg-Magazin

R. Grund

in Danzig (Speicherinsel)
Mühlmannsgasse No. 5,
empfiehlt sein reichhaltiges Lager feinsten
und einfacher

Metallsärge,

desgl. eiserne und eichene, natur-
und schwarz polirt, sowie sichtene Särge, Gar-
nirungen und Anzüge in allen Gattungen
zu billigsten, reellsten Preisen.

Bestellungen nach außerhalb werden auf
das Schnellmüßigste ausgeführt.

Schuhwaaren

für Damen, Herren und Kinder in
den besten Fabrikaten jeder Art und
sehr großer Auswahl empfehlen wir zu unseren bekannten soliden u.
sehr billigen Preisen.

Alle Neuheiten in Schuhwaaren für diese Saison sind eingetroffen.

Eine Partie Damen-Sergestiefel verkaufen wir à 2 *M.* pro Paar.
Oertell & Hundius, Langgasse 72.

Kinderwagen, Zimmer-Kinderwagen und Puppenwagen in neuesten Mustern.
Eiserne Bettgestelle mit und ohne Drahtboden, gepolstert und ungeliefert,
in großer Auswahl zu neuen, sehr billigen Preisen. Seegras-Matrasen,
eiserne Waschtische, von 3 bis 7 *M.* Kinderbettgestelle.

Beste eiserne Gartenmöbel, Gartenmöbelgestelle, Blumentische, Eis-
spinde, Zimmer-Glasetz.

Neueste Petroleum-Kochapparate sehr billig. Vogel-
bauer.

Reisekoffer, Reisetaschen zc., Damentaschen, Schultaschen, Tornister zc.,
in reichster Auswahl. Reisesessel. Neue Strandstühle mit Reisetasche.
Reisetaschen zc.

Pferdegeschirr-Artikel und Sattlerwaaren jeder Art, Chabraden, Peitschen
zc., Wagen-Laternen empfehlen en gros & en detail

Oertell & Hundius, Langgasse 72.

Mein Lager von Erd- u. Metallfarben
jeder Art, Leinöl, Leinölfirnis, Lacken,
Terpentinöl, Siccativ zc. zc., halte bei so-
liden Preisen bestens empfohlen.

Carl Schnarcke.

III. Internationaler Maschinenmarkt in Königsberg i. Pr.

Gröpfung Sonnabend, den 27. Mai, Mittags 1 Uhr, Schluß den 31. Mai
Abends. 7000 \square Meter unbedeckt und 800 \square Meter bedeckter Raum sind beschiedt
mit Dampfmaschinen, landwirtschaftlichen Maschinen aller Art, gewerblichen Hilfs-
maschinen und Werkzeugen, Geräthen und Gebrauchsgegenständen. — Vertreten sind
über hundert verschiedene Firmen. —

Eintrittspreise: Sonnabend 1 *M.*, Sonntag 50 *S.*, Montag 1 *M.*, Dienstag 50 *S.*,
Mittwoch 30 *S.* — Partout-Karten 2 *M.* (2263)

Auction

mit Walzdraht zu Zäunen.

Dienstag, den 23. Mai, Vormittags 10 Uhr, werde ich für Rechnung wen es
angeht, auf dem Königl. Seepachhofe

100 Bund Walzdraht à 50 Kilos

in etwas beschädigtem Zustande meistbietend öffentlich verkaufen.

Diesen Draht empfehle ich der Beachtung der Herren Landbewohner.

Collas.

In Verkauf bei Danzig findet ein un-
verheirateter Gärtner sofort Stellung. Gelegenheitsgedichte jeder Art fertigt
Agnes Dentier, Wwe. 3. Damm 12.

Saat-Wide

offerirt
2224) **Cäsar Tietze**,
Kohlenmarkt No. 28.

Petroleumfässer

ca. 100 Stück, und eben so viele Schmalz-
tonnen hat abzugeben

C. W. Lenz Wwe.,
Laueburg in Pomm.

2585) Ein gebrauchter, aber noch gut erhaltener
Destillir-Apparat,

bestehend aus einer Blase von ca. 1000 Pfr.
Inhalt, zwei kupfernen Wasserbeden, einem
Kohlenzylinder und einer Schlange, steht
billig zum Verkauf bei

C. W. Lenz Wwe.,
2585) Laueburg in Pomm.

**300 Stück starke Kiefern,
500 = Eichen,**

zur Auswahl, $\frac{1}{4}$ Meile vom fließbaren
Flusse entfernt, stehen zum Verkauf.

Näheres bei **G. Langer** in Gollub
Westpreußen. (2539)

Eine Tischlerei, die sich einer ausgebreiteten
Kundschaft erfreut, im besten Betriebe
steht, mit 20 Hobelbänken, den dazu gehörigen
Werkzeugen und den praktischsten Hilfs-
maschinen neuester Construction versehen ist,
zu der auch ein Speichergebäude und ein
Sargmagazin gehört, ist krankheits halber
zu verkaufen **Elbing**, Heil. Geiststraße 30.

20-30 Stück

St. Bernhards-Hunde

(nicht die Mischrace der so genannten
Leonberger) im Alter von 8 Wochen bis 2
Jahren, sucht zu kaufen die **Facethier-
Bücherei** und **Pandlung** von August
Froese, Heiligenbrunn bei Langenfur-
Danzig. (2578)

 **Dominium Al.
Ramsen** bei
Stuhm hat drei fette
Dahsenzum Verkauf.

3 fette Kühe

stehen zum Verkauf. **Herrmann**,
Schwarzwald bei Sturca. (2782)

Eine geprüfte Lehrerin,

die auch in der Musik guten Unterricht
geben kann, wird für 3 Mädchen im Alter
von 7-10 Jahren aufs Land zum 15.
August gesucht.

Meldungen unter No. 2511 in der
Expd. dieser Bg. (2511)

Verantwortlicher Redacteur **D. K. K. K.**
Druck und Verlag von **A. W. Rasemann**.
Danzig.